

# DER LANDTAG

## SCHLESWIG - HOLSTEIN

136/2002

Kiel, 10. Oktober 2002

S p e r r f r i s t Redebeginn 15:00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

### **Landtagspräsident Arens berichtet im Landtag über die 11. Ostseeparlamentarierkonferenz**

*KIEL (SHL) – In seiner Rede vor dem Schleswig-Holsteinischen Landtag berichtete Landtagspräsident Heinz-Werner Arens am 10. Oktober über die 11. Konferenz der Ostseeparlamentarier (Baltic Sea Parliamentary Conference – BSPC), die vom 30. September bis 1. Oktober 2002 in St. Petersburg stattfand:*

#### **1. Die Bedeutung Russlands in der Ostseekooperation**

“Als vor 12 Jahren Abgeordnete aus allen Ostseestaaten in Helsinki zusammenkamen, um über die Einberufung einer Konferenz der Parlamente des Ostseeraumes zu diskutieren, herrschte Unsicherheit darüber, wie sich Russland auf diesen Vorschlag einlassen würde. Gewissheit bestand nur in einem: ohne die Einbeziehung Russland würde die Ostseekooperation ein Torso bleiben.

Russland beteiligte sich von Anbeginn, aber das russische Engagement in den ersten Jahren war denkbar zurückhaltend. Heftige Anklagen und Angriffe insbesondere aus den jungen Baltischen Republiken gegen die vormalige ungeliebte Schutzmacht prägten die Debatten. Die Furcht, dass es mit der kaum errungenen Freiheit und Selbstständigkeit schnell wieder vorbei sein könnte, stand im Vordergrund der Debattenbeiträge aus diesem Raum. Die Vertreter Russlands sahen sich ihrerseits entweder auf der Anklagebank oder – in den Folgejahren – durch Nichtbeachtung und vielfach auch durch Nichtachtung bestraft. Auch optisch war ihre Existenz lediglich am Rande der Konferenz auffällig: Sie saßen gleichsam am Katzentisch oder, in der Sprache Thomas Manns, am „schlechten Russentisch“.

Ich rufe das in Erinnerung, meine Damen und Herren, weil die Zeit schnelllebig und das politische Gedächtnis erfahrungsgemäß eher das

Kurzzeitige liebt. Ich rufe es auch deshalb in Erinnerung, weil wir immer wieder gefragt werden: Was haben denn die Kooperation im Ostseeraum und die Parlamentarier der Ostseeanrainerstaaten seit 1990 erreicht, seit die unnatürliche Teilung dieses alten gemeinsamen Kulturraumes endlich überwunden werden konnte?

Die 11. Ostseeparlamentarierkonferenz von St. Petersburg hat hierauf eine deutliche Antwort gegeben: Die Furcht und das Misstrauen prägen das Konferenzgeschehen nicht mehr. Die Abgeordneten aus Russland und den Baltischen Staaten ebenso wie unsere Kollegen aus Polen und den nordischen Ländern haben zu einem normalen Umgang miteinander gefunden. Es gibt keine Ausgrenzung mehr, man ist miteinander im Gespräch. Die Verhältnisse haben sich stabilisiert, niemand befürchtet Revision und Restauration und den Rückfall in aggressive Bedrohungsszenarien.

Das ist der größte Erfolg im interparlamentarischen Verkehr und im persönlichen Umgang miteinander. Die Zusammenarbeit der Parlamente im Ostseeraum hat das nicht allein bewirkt: Aber sie hat einen beachtlichen Anteil daran, wie der Vorsitzende der Staatsduma der Russischen Föderation, Gennady **Selesnjow**, in seiner Eröffnungsansprache betonte.

## 2. St. Petersburg – Fenster zum Westen

Zum ersten Mal war Russland Gastgeber. Es ist kein Zufall, und es hat eine symbolische Bedeutung, dass St. Petersburg als Ort des Parlamentarientreffens ausgewählt worden war. Die Newa-Metropole ist seit 300 Jahren Russlands Tor zur Ostsee. UND das „Fenster nach Europa“, was Sergej **Mironow**, der Vorsitzende des Föderationsrates der Russischen Föderation, im Rahmen der Eröffnungszeremonie hervorhob.

Ich nenne die Namen dieser beiden russischen Politiker bewusst zu Beginn. Mit dem Präsidenten der Staatsduma und dem Präsidenten des Föderationsrates nahmen die beiden höchsten parlamentarischen Repräsentanten Russlands gemeinsam die Gastgeberrolle wahr. Das war als Signal gedacht, und es wurde auch so verstanden.

Wenn Präsident **Putin** in einem von seinem Bevollmächtigten verlesenen Grußwort der parlamentarischen Versammlung bescheinigte, wesentliches Verdienst daran zu haben, dass der Ostseeraum „eine der stabilsten und sich am dynamischsten entwickelnden Regionen in Europa“ sei, ist dies natürlich auch eine der schönen Formulierungen, die man bei solchen Gelegenheiten gern verwendet. Aber der hohe diplomatische Rang der Wahrnehmung der 11. Ostseeparlamentarierkonferenz durch die Politik signalisiert mehr. Er ist auch ein Indikator für den Bedeutungszuwachs, den die noch vor wenigen Jahren eher unbekanntere Konferenz inzwischen gewonnen hat. Mit ihren rund 140 Teilnehmerinnen und Teilnehmern allein aus dem parlamentarischen Bereich hat sich die BSPC, die Baltic Sea Parliamentary Conference,

inzwischen ihren eigenen unverwechselbaren Namen gemacht. Die Sitzungen im Taurischen Palais hatten mehr zu bieten als nur eine äußere schöne Fassade.

### 3. Minderheitenschutz und die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen

Es war auffallend, dass alle hochrangigen russischen Vertreter in ihren Beiträgen die Bedeutung des Minderheitenschutzes im Ostseeraum hervorhoben. Die Fragen des Minderheitenschutzes sind und bleiben ein herausragend wichtiges Thema auf der Agenda der Ostseeparlamentarierkonferenz. Aber diese Frage darf – und schon gar nicht aus russischer Sicht – nur mit Blick auf ihre nordwestlichen Nachbarn thematisiert werden.

Vor diesem Hintergrund ist es erfreulich, dass die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) aufgrund einer schleswig-holsteinischen Initiative mit dem Status eines ständigen Beobachters bei der Ostseeparlamentarierkonferenz akkreditiert worden ist. Der Vizepräsident der FUEV und Hauptvorsitzende des Bundes deutscher Nordschleswiger, Hans Heinrich **Hansen**, konnte auf diese Weise innerhalb der schleswig-holsteinischen Delegation einen wichtigen Platz finden.

### 4. Politisierung und Konkretisierung

Die 11. Konferenz war die bisher politischste. Die Gastfreundschaft der russischen Veranstalter und ihr Bemühen um einen „gediegenen Rahmen“, wie man bei uns sagt, waren nur das eine. Das andere waren deutliche Auseinandersetzungen in der Sache. Der Eindruck früherer Konferenzen, es eher mit Podiumsdiskussionen zu tun zu haben, kam gar nicht erst zum Tragen. Die Ostseeparlamentarierkonferenz hat inzwischen zu ihrem Auftrag gefunden, Handlungsanweisungen an die Politik zu formulieren.

Aber es blieb es nicht allein bei politischen Bekundungen. Der bereits in Greifswald auf der 10. Ostseeparlamentarierkonferenz eingeleitete Prozess, zu konkreten Fragen der Zusammenarbeit im Ostseeraum Position zu beziehen, wurde konsequent fortgesetzt: Fragen der Schiffssicherheit im Ostseeraum standen mit gleichem Rang und gleicher Wichtigkeit neben der politischen Grundsatzdiskussion über Wege zur Integration und Kooperation im Ostseeraum.

Es ist das große Verdienst des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, zu diesem Thema eine umfangreiche und fachlich qualifizierte Problemdarstellung gegeben zu haben. Aber damit nicht genug: Die Auseinandersetzung mit Kernfragen des Umweltschutzes in der Arbeitsgruppe Maritime Sicherheit unter der Leitung des Vorsitzenden des Umweltausschusses des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Henning Klostermann, dem ich für seine verdienst-

volle Arbeit an dieser Stelle danken möchte, mündete in einen Katalog konkreter Forderungen ein, die einstimmig als Teil II der Schlussresolution angenommen wurden.

Es ist bemerkenswert und bezeichnend, dass aufgrund dieses Arbeitsprozesses, an dem sich alle Parlamente des Ostseeraumes intensiv beteiligt haben, die Helsinki-Kommission der Ostseeparlamentarierkonferenz einen Beobachterstatus angeboten hat.

## 5. Die regionale Dimension stärken!

Wo Licht ist, ist bekanntlich auch Schatten. Die hochrangige Beteiligung Russlands auf Föderationsebene sollte nicht den Blick dafür verstellen, dass sie die Repräsentanten der regionalen Ebene in diesen Schatten gestellt hat. Und es war bezeichnend, dass die Sicht der Regionen – sei es Kaliningrad, sei es St. Petersburg oder Karelien – hinter dem geballten Auftritt der Zentralmacht in den Hintergrund trat. Auch die Gebietsduma von St. Petersburg, nach den Gepflogenheiten der Ostseeparlamentarierkonferenz immerhin Mit-Gastgeber, konnte kaum in Erscheinung treten.

Es ist eine der großen Besonderheiten der Ostseeparlamentarierkonferenz, dass in ihr nationale und regionale Parlamente gleichberechtigt zusammenwirken. Aber in der Realität spielen nicht alle in derselben Klasse, und die ‚Bundesliga‘ achtet in Russland noch sehr darauf, die Exklusivität ihres Clublebens zu bewahren. Ich widme diesem Aspekt deshalb breiteren Raum, weil ich gerade hierdurch die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit unserer parlamentarischen Partnerschaften bestätigt sehe. Unsere Kooperation mit der Gebietsduma von Kaliningrad ebenso wie mit dem Sejmik der Wojewodschaft Pommern ist geeignet, die regionale Dimension in der parlamentarischen Ostseekooperation insgesamt zu stärken. Dabei kann und sollte – nicht zuletzt mit Blick auf unseren russischen Partner – auch aufgezeigt werden, dass die Regionen keineswegs nur Sprachrohr und Lautverstärker für die föderale Ebene sind. Ihre Rolle in der Ostseezusammenarbeit ist eine andere: Es ist die regionale Ebene, die näher an den Menschen und näher an den Sachproblemen ist. Die Philosophie des ‚Bottom-up-approach‘, der Annäherung und des Wachsens von unten, ist das Fundament, auf dem die Zusammenarbeit im Ostseeraum gründet. Wenn diese Basis nicht überall stabilisiert wird, gerät die ganze Statik ins Wanken.

## 6. Kaliningrad im Mittelpunkt

Der langjährige Vertreter Russlands im Standing Committee der Ostseeparlamentarierkonferenz, der frühere Kaliningrader Dumapäsident Wladimir **Ustjugow**, hat vor wenigen Wochen seinen Rücktritt von allen politischen Ämtern erklärt. Er begründete seinen Rückzug als Ver-

treter Kaliningrads im Föderationsrat und sein damit verbundenes Ausscheiden als amtierender Vorsitzender des Standing Committee der Ostseeparlamentarierkonferenz in einem am 28. September veröffentlichten Zeitungsinterview mit folgenden Worten: „Der Hauptgrund für meinen Rücktritt ist, dass ich nicht bereit bin, Teil des Fiaskos zu sein, am 30. September der Ostseeparlamentarierkonferenz vorzusitzen, auf deren Tagesordnung unter anderem das Kaliningrad-Problem steht. Wie könnte ich eine Konferenz leiten, wenn meine Lösungsvorstellungen vollkommen anders sind als die der Regierung?“

In dem Interview nennt es Ustjugow einen gravierenden Fehler, das Kaliningrad-Problem auf einen einzigen Aspekt zu reduzieren, nämlich den visafreien Zugang. Die wichtigste Aufgabe, auf föderaler Ebene ein Entwicklungsprogramm für die Region Kaliningrad zu verabschieden, sei noch nicht einmal in Ansätzen erfolgt. Moskau müsse seine eigene Politik gegenüber dem Kaliningrader Gebiet überhaupt erst einmal definieren und ihm einen legalen Status geben. Kaliningrad sei ideal geeignet, als Modell für die Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU zu dienen. Kaliningrad hätte unter diesen Bedingungen die Möglichkeit einer Sonderbehandlung nicht nur durch Russland, sondern gleichermaßen durch die Europäische Union. Dies würde auch zu Lösungswegen im Zusammenhang mit Visa- und Transportfragen führen.

Meine Damen und Herren, ich zitiere aus dieser Auseinandersetzung deshalb ausführlicher, weil sie zum einen die Konfliktsituation zwischen der regionalen Ebene und der Zentralmacht in Russland aufzeigt. Zum anderen beherrschte die Kaliningrad-Frage auch das Thema der 11. Ostseeparlamentarierkonferenz über weite Strecken. Zu dem Entwurf der Schlussresolution, der auf einer schleswig-holsteinischen Vorlage an das Standing Committee basierte, hatte der Stellvertretende Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses der Russischen Duma, Konstantin **Kosatschow**, namens der russischen Delegation zahlreiche und gravierende Änderungsanträge eingebracht. Im Kern ging es der russischen Seite darum, in dem die Kaliningradfrage betreffenden Teil der Resolution lediglich die jüngste Initiative von Präsident Putin hervorzuheben, einen visafreien Personen- und Güterverkehr zwischen Russland und der EU insgesamt einzuführen. Alle anderen Verhandlungsschritte, darunter das von der EU-Kommission vorgeschlagene erleichterte Transitvisum für Kaliningrad, sollten keine Erwähnung finden. Dementsprechend las sich der russische Änderungsvorschlag wie eine einzige Schuldzuweisung an die angebliche Verstocktheit der EU, nicht auf die russischen Vorstellungen einzugehen.

Die ruhige Bestimmtheit und Klarheit, mit der der Vertreter der amtierenden EU-Ratsmacht, der dänische Botschafter Lars **Vissing**, diese Position zurechtrückte, waren beeindruckend. Ebenso erfreulich war die Geschlossenheit, mit der die Vertreter aller anderen Delegationen

im Redaktionskomitee die russischen Vorstellungen zurückwiesen.

## 7. Konsensualer Ausgang

Erfreulich war auch, dass durch Vermittlung der schleswig-holsteinischen Delegation eine Kompromissformulierung gefunden werden konnte – aber beileibe kein Formelkompromiss. Es wird Aufgabe des EU-Russland-Gipfels im November in Kopenhagen sein, eine Lösung zu finden, die neue Trennungslinien im Ostseeraum verhindert, darauf drängt in ihrer einstimmig verabschiedeten Schlussresolution auch die BSPP.

Das Fazit von St. Petersburg, meine Damen und Herren: Russland ist dabei. Die parlamentarische Zusammenarbeit im Ostseeraum ist kein Torso.

## 8. Ein Stück Geschichte

Kopenhagen wird demgemäß gleich zweimal im Mittelpunkt unseres Interesses stehen: Im November anlässlich des erwähnten EU-Russland-Gipfels, und einen Monat später, wenn der Europäische Rat in der dänischen Hauptstadt zusammentritt, um über die Erweiterung der Europäischen Union zu entscheiden.

Auch wenn ich mich sonst eher einer unpathetischen Sprache bediene, steht für mich fest: Bei diesen Treffen wird Geschichte geschrieben. Und wenn ich eingedenk des bekannten Goethe-Wortes hinzufüge, wir sind dabei gewesen, so ist das nicht einmal übertrieben.“

Herausgeber: Pressestelle des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Postf. 7121, 24171 Kiel, Tel.: (0431) 988- Durchwahl -1163, -1121, -1120, -1117, -1116, Fax: (0431) 988-1119  
V.i.S.d.P.: Dr. Joachim Köhler, Annette Wiese-Krukowska, E-Mail: [Joachim.Koehler@landtag.ltsh.de](mailto:Joachim.Koehler@landtag.ltsh.de)  
Internet: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de) – Presseinformationen per E-Mail abonnieren unter [www.parlanet.de/pressticker](http://www.parlanet.de/pressticker)